

Der Sieg

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331505>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

12. JAHRGANG -- JUNI 1933 -- HEFT 10

Der Sieg

Von Ernst Reinhard.

Der 28. Mai bedeutet ein Volksurteil, das fast einem Gottesurteil nahekommt. Die Freunde des Lohnabbaus hatten den Kampf von langer Zeit vorbereitet. Sie hatten eine sklavisch ergebene Presse in großer Ueberzahl zur Verfügung. Sie konnten auf die Autorität des Bundesrates hoffen. Sie konnten annehmen, daß die allgemeine Verwirrung dazu beitragen werde, den Dienern des Staates eins ans Bein zu streichen. Und sie hatten nicht zuletzt die gefüllten Kriegskassen der Banken und der Schwerindustrie zur Verfügung.

Sie ließen kein Mittel unversucht. Drohungen in der »Neuen Zürcher Zeitung«, Drohungen an den Versammlungen der Fronten, Drohungen gegen die Bonzen, Drohungen gegen das Personal, Drohungen in den Fabriken. Besudelungen gewöhnlichster Art gesellten sich dazu; der Neid wurde aufgepeitscht durch die Veröffentlichung der Lohnlisten, zu der sich der Personaldienst des Bundes unter Leitung Oetikers ohne die geringste Scham hergab. Man muß die Summe an materiellen und staatlichen Mitteln ermessen, um zu erkennen, wie sehr in einer Materialschlacht die Arbeiterschaft handikapiert war.

Sie konnte, obschon sie auf die Unterstützung der Gewerkschaften rechnen konnte, niemals den Wettlauf im Materiellen aufnehmen. Sie mußte durch den Geist wirken. Sie durfte nicht hundert Argumente aufbringen; sie war gezwungen, es an einigen genügen zu lassen. Der Geist mußte die Materie besiegen.

Es gelang. Das Wunderbare des Tages ist, daß es nicht ein Sieg der Malaise geworden ist, sondern einer der brüderlichen und großherzigen Solidarität. Die Privatarbeiterschaft stand unter schwerstem Drucke. Sie war an einigen Orten schon von der Krise fast zermürbt. Aber sie hat standgehalten, als Klasse und Masse standgehalten.

Aber — mit ihren Kräften allein wäre der Sieg nicht möglich geworden. Er reifte heran, als die Bauernschaft in großen Harsten abschwenkte. Deutlich genug der Kanton Bern: Amtsbezirke wie Konolfingen — Sitz des tapfern Jungbauernführers Müller —, Obersimmental und Niedersimmental verwarfen. Die politisierten Bauernführer erlitten teilweise scharfe Niederlagen; Gnägi in Nidau war knockout.

Unter der Bauernschaft machte sich vor allem eine scharfe Einstellung gegen die Banken geltend; der Gedanke positiver Art, mit der Arbeiterschaft gemeinsam eine antikapitalistische Front zu bilden, hatte sich noch nicht durchgesetzt, aber er begann doch die Geister zu beschäftigen. Obersimmental und Niedersimmental waren das bevorzugte Wirkungsgebiet des Nationalsozialisten Elmer; Elmer predigte für den Lohnabbau, die beiden Aemter nahmen an.

Letzten Endes aber gab den Ausschlag jener Trupp Mittelständler, Angestellte, Beamte und Kleingewerbetreibende, die zur Erkenntnis kommen, wie abwegig doch eigentlich der bisherige Parteidienst für das Kapital ist, die zu ahnen beginnen, daß der Arbeiter durch seine Organisationen eine Kraft ist, die ihm vielleicht helfen könnte.

Ich nehme nicht an, daß bürgerliche Zeitungen diesen Standpunkt teilen und billigen werden; ich erwarte, daß sie deswegen höhnen. Aber es bleibt dabei: Vorerst im Negativen hat sich eine Front aller Arbeitenden gegen das Kapital geschlossen. Die Aufgabe wird sein, diese Front vor der positiven Aufgabe zusammenzuhalten und sie zum Siege in der Krisensteuer zu führen.

Aber Musy hatte, ganz im Gegensatz zu seinen Mitkombattanten, welche mit Vorliebe den Kampf zu lokalisieren und zu bagatellisieren suchten, eine Entscheidung auf breitester Grundlage gesucht. Ihm handelte es sich darum, den Anfang zu machen für eine Niederringung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, für einen Abbau der Demokratie, für eine Bändigung der Gewerkschaften in den Korporationen und im Ständestaat. Seine Pläne waren zuerst rein wirtschaftlicher Natur; die außenpolitische Konjunktur gab ihm den Mut, immer mehr sein politisches Programm mit der Vorlage zu verknüpfen und dem Volke einen Entscheid gegen den Marxismus und für den Korporationenstaat zu suggerieren.

Natürlich ist die Idee des Faschismus nicht erledigt; aber dies eine ist sicher: Mit dem wirtschaftlichen System Musy ist auch sein politisches geschlagen. Er selbst hat den Kampf auf einer Ebene gesucht, auf der wir von Anfang an nicht fechten wollten. Er selbst hat durch seine Reden, zuletzt durch seine unerhörte Anmaßung vor dem Freiburger Mikrophon — es brauchte dazu allerdings schon die weiß-schwarze Freiburger Senilität —, den politischen Entscheid über sich selbst herausgefordert. Der Entscheid ist gefallen; das Volk hat Gericht gehalten. Die logische Konsequenz ist die, daß Musy gehen muß. Der Entscheid des Volkes gilt und muß respektiert werden. Eine Demokratie, welche ihren Namen noch ehrlich erhalten will, kann einen Magistraten nicht mehr gebrauchen, der sich so unmöglich gemacht hat.

Aber dies alles verpflichtet, nicht stillezustehen, sondern die Solidarität auf alle auszudehnen. Es war für die Privatarbeiterschaft eine geradezu heroische Einstellung, als sie sich, die heute überall benachteiligt ist, gegen den Lohnabbau wandte. Sie hat nun vor allem ein Anrecht darauf, daß die Volkssolidarität auch ihr gegenüber sich erhärte.

Daß die Arbeitslosenunterstützung nicht abgebaut, daß die Krisenunterstützungen verbessert werden müssen, das ist Selbstverständlichkeit. Aber die Hauptaufmerksamkeit muß doch auf die Organisation des Kampfes für die Arbeitsbeschaffung gerichtet sein. Und vor allem muß darauf geachtet werden, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um Berufsarbeit zu erhalten.

Für diesen Zweck ist die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes einfach unerläßlich. Die Zersplitterung in seinen wichtigsten Funktionen ist ein Luxus, den wir uns einfach nicht mehr leisten können. Es ist eine unerhörte Tatsache, daß heute wiederum mit dem Auslande Unterhandlungen über die Anlage bedeutender schweizerischer Kapitalmassen geführt werden, ohne daß die schweizerische Arbeit davon irgendwie profitieren könnte. Seit sechs Jahren verfechten wir nun die Idee, daß der Kapitalexport kontrolliert, reguliert und staatlich geleitet werde, um Arbeitsbeschaffung zu erzwingen. Keinen Schweizerfranken dem Auslande, ohne daß das Ausland schweizerische Ware mit abnimmt. Das ist bis dahin nur dilettantisch versucht worden; die Rentnerinteressen überwiegen die Arbeitsinteressen. Wir müssen nun einmal den Mut haben, die Rentnerinteressen einzuschränken, zu opfern, wenn es sein muß, um Arbeit zu erhalten. Die Schweiz als Rentnerland ist eine Absurdität; sie kann nur als Arbeitsland erhalten bleiben.

Dem gleichen Zwecke muß die Frage der definitiven Regelung des Kompensationsverkehrs unterstellt werden; hier kann nicht nur eine gelegentliche, hier muß eine organisierte Lösung gesucht werden. Die Kaufkraft der Schweiz muß im Auslande ausgenützt werden, um eine Arbeitsbeschaffung zu erzwingen. Möglicherweise wird das Umstellungen von einiger Bedeutung erzwingen; aber sie sind neben der Pflicht, um jeden Preis Arbeit zu beschaffen, ganz unwesentlich.

Daneben aber müssen Notstandsarbeiten größten Stils einsetzen. Wir denken an die zweite Juragewässerkorrektion, an den Bau von Alpenstraßen, an die Modernisierung unserer industriellen Ausrüstung usw. Alles Dinge, die heute kein einzelner Kanton mehr übernehmen kann; dafür fehlen den meisten Gelder und Kredite. Aber die Eidgenossenschaft hat noch einen ungeschmälerten Kredit.

Wir leben im wirtschaftlichen Kriegszustand. Hat man 1914—1918 Mobilisationsanleihen aufgenommen, so brauchen wir heute die Arbeitsanleihe. Sie sollte möglich sein zu billigem Zins, wenn das schweizerische Kapital versteht, was die Uhr geschlagen hat. Sie kann im allerletzten Falle zu einer Zwangsanleihe gemacht werden.

Nach der Solidaritätsaktion der Bauern, die gegen ihre verpolitisierten Führer erzwungen wurde, ist eine solche der Arbeiterschaft geradezu Pflicht. Es scheint mir unerläßlich, daß die Sozialdemokratische Partei dem ganzen Volke einmal verständlich macht, in welcher Lage sich der arbeitende Teil der Bauernschaft befindet. Wir können das, sonst kann es niemand tun. Eine Senkung des Hypothekarzinsfußes, eine umfassende Entschuldungsaktion — die Bauernhilfskassen wirken ja nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein — und

ein Stillhalteabkommen für die überschuldeten Beträge — das sind Dinge, welche der Bauernschaft direkt helfen müssen. Klar, daß dem Mißbrauch vorgebeugt werden muß. Der entschuldete Hof darf nicht mehr der Spekulation anheimfallen; das Bauerngütchen, dessen Hypothekarzinsen auf Kosten des arbeitslosen Einkommens gesenkt wurden, darf nicht mehr durch Bodenspekulation in die Höhe getrieben und einer neuen, gleich wirkenden Schuldenlast ausgesetzt werden. Aber die Gefahren erkennen, heißt noch keineswegs, daß man ihnen ausweichen muß. Sie erkennen, heißt sie schon überwinden. In die gleiche Aktion muß auch das Kleingewerbe einbezogen werden.

Es liegt im Interesse der Gewerbetreibenden, wenn sich die Gesetzgebung der Trusts und Kartelle bemächtigt und dafür sorgt, daß sie nicht mehr finanzegoistischen Interessen, sondern den Arbeitsinteressen des Volkes dienen. Zwischen dem einen und dem andern die Entscheidung suchend, haben die Banken, welche die Trusts beherrschen, immer die Arbeit verraten und die Kapitalinteressen bevorzugt. Die Lösung liegt sicher nicht in der polizeilichen Verhinderung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte; es gibt für sie immer wieder einen Ausweg, wie die polizeiliche Trustgesetzgebung in den Vereinigten Staaten eindrücklich bewiesen hat. Die Lösung liegt in der gemeinwirtschaftlichen Leitung der Kartelle und Trusts, über deren Formen noch zu reden sein wird.

Das Hauptproblem wird nun aber die Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen sein. Die Krisensteuer ist gerechtfertigt; aber die alte Forderung der Nationalisierung der Banken bleibt es nicht minder. Die Partei muß dieses Forderungsprogramm aufstellen. Es soll nichts Neues sein. Ausdrücklich nicht. Wir haben nichts Neues zu fordern; denn das alles liegt in unsern alten Forderungen begriffen. Wir haben nicht aus Nouveauté-Psychose zu glauben, die Partei müsse nun um Gottes Willen einen neuen Dreh aufbringen; sie hat heute ihre innere Festigkeit zu beweisen, indem das, was sie seit langem forderte, heute der Zeit entspricht.

Zu diesen wirtschaftlichen Forderungen aber muß sich ein entschiedenes politisches Verhalten der Demokratie gegenüber gesellen. Man nützt niemandem, wenn man auf der einen Seite geschäftig für die bürgerliche Demokratie wirbt und gleichzeitig jegliche Kritik gegen sie unterstützt. Wir haben auch da nicht nötig, uns jeden Augenblick einzustellen, sondern haben fest zu bleiben. Fels im Sturm! Wir haben die bürgerliche Demokratie nie als ein Ideal angesehen und tun es jetzt auch nicht. Sie ist ein Anfang, kein Ende. Sie muß vollendet werden, indem wir sie zur wirtschaftlichen Demokratie, zur sozialistischen Demokratie ausgestalten. Indem wir sie fortentwickeln, verteidigen wir sie.

Doch wächst dies alles über die Partei und ihren Rahmen hinaus. Sie hat die Arbeiter gesammelt und sie mit ihrer Ideologie und ihrem Willen erfüllt. Wenn heute, angesichts der nationalistischen Sturmflut, der eine oder andere unsicher wird — wen wundert's? Wir dürfen deswegen keinen Augenblick von der weiteren Aufgabe absehen, die

Partei über den Rahmen der Arbeiterschaft hinaus zu entwickeln zu einer sozialistischen Volkspartei größten Maßes. Ein Kampfbund zwischen Arbeitern und Bauern ist heute nicht mehr unmöglich; er kann sogar sehr ehrlich geschlossen werden. Nicht mit den offiziellen Bauernorganisationen. Diese haben politisch dafür zu bezahlen, daß einer von ihnen durch Musys Gnade Bundesrat geworden ist. Aber über diese Organisationen hinweg. Der Bund muß erweitert und geistig vertieft werden.

Dazu darf die Partei nicht bloße Proklamationen erlassen. Sie ist allerdings noch eine Minderheitspartei und ihr fehlen die großen Mittel. Aber sie darf keines der demokratischen Mittel unversucht lassen, um praktisch das gesteckte Ziel zu erreichen; sie wird damit auch alle Ehrlichen um sich sammeln.

Das Parlament hört heute den Ruf nach Arbeit nicht — und wenn es ihn hört, so steht es verständnislos. Es glaubt nicht an den Ernst der Lage. Sie kann ihm vor Augen geführt werden durch zwei Petitionen, von denen die eine die Organisation der Arbeitsbeschaffung mit den hier angegebenen Mitteln, die andere eine umfassende Schuldenabwälzung der Landwirtschaft zum Vorwurf haben müßte. Initiativen sind über diese Themata gesetzlich nicht möglich; es fragt sich auch, ob die Krisensteuer nicht rein technisch geschädigt würde. Aber das ganze Volk muß die Möglichkeit gewinnen, sich zu diesen Forderungen auszusprechen. Das könnten zwei Petitionen tun, die einen Riesenerfolg haben müßten, die dazu führen könnten, daß Bauern und Arbeiter sich verstehen. Es ist meine felsenfeste Ueberzeugung, daß die Schweiz der Arbeit nur gerettet werden kann, wenn die Front, die sich am 28. Mai so hervorragend schlug, erweitert wird, daß vor allem Bauern und Arbeiter in ehrlicher Zusammenarbeit sich finden, daß sie den Mut haben, endlich gemeinsam den Kampf gegen das Großkapital zu wagen.

So muß die Partei die Verfolgung des geschlagenen Gegners durchführen.

Voraussetzungen des Faschismus im proletarischen Alltag

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Man braucht darüber, daß *Krise und Not* für den Faschismus speziell in Deutschland sehr förderlich waren, nicht viele Worte zu verlieren. Es ist selbstverständlich, daß Menschen, die jahrelang arbeitslos sind, und deren Existenz je länger, je fraglicher wird, viel eher für den Nationalismus und für gewisse Heilslehren falscher Propheten zu gewinnen sind, als Menschen, die in geordneten Verhältnissen leben. Wo die Existenz des einzelnen in die Brüche geht, ist er der Verzweiflung viel eher ausgeliefert und deshalb viel eher bereit, außergewöhnliche Wege zu gehen.